

Michael Hirsch

Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft

Eine politische Philosophie der Arbeit

 Springer VS

Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft

Michael Hirsch

Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft

Eine politische Philosophie der Arbeit

Michael Hirsch
Universität Siegen, Deutschland

ISBN 978-3-658-09930-5 ISBN 978-3-658-09931-2 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-09931-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Frank Schindler, Daniel Hawig

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Inhalt

1 Arbeit, Staat und symbolische Gewalt	7
1 Einleitung: Die Frage nach der Arbeit als Freiheits- und Demokratiefrage ...	7
2 Begriff und Krise der Arbeitsgesellschaft: Der Beitrag von Politischer Theorie, Gesellschaftstheorie und Arbeitsforschung	16
3 Staatsform, Hegemonie, symbolische Gewalt und die politische Definition der Realität	26
4 Arbeit als transdisziplinärer Forschungsgegenstand: Ein selbstreflexives und praxisphilosophisches Axiom politischer Theorie	33
2 Begriff und Kritik der Arbeitsgesellschaft	39
1 Der ‚Bann‘ und die konkreten Utopien einer anderen Aufteilung sozialer Arbeit: sozialistisch und feministisch	39
2 Hegemonie der Erwerbsarbeit, Lebensformen und die Macht über die Rechtfertigung der Existenz	45
3 Die politische Befreiung von der Diktatur der Lohnarbeit: ‚Ökonomie der Zeit‘ und die soziale ‚Teilung der Arbeit‘	50
4 Der Platonismus der Arbeitsgesellschaft: Die Verteilung der Subjekte auf ihre Plätze, Stellen und Identitäten	59
3 Entpolitisierung der sozialen Frage, Staat der Arbeitsbeschaffung und Regierung sozialer Unsicherheit	71
1 Ideologie der Beschäftigung: Arbeit als ‚Dienst‘ und als Herrschaft	71
2 Der aktivierende Staat der Arbeitsbeschaffung: Von ‚Welfare‘ zu ‚Workfare‘	77
3 Regierung sozialer Unsicherheit, Kampf ums Dasein und Produktion eines neuen Menschen	88
4 Fortschrittliche Alternativen: Grundeinkommen und allgemeine Arbeitszeitverkürzung	97
1 Ein anderer Sozialstaat: die Idee des Grundeinkommens	97
2 Bedingtes Grundeinkommen?	105
3 Grundeinkommen als kulturelle und politische Idee	111

4	Verkürzung der Arbeitszeit und autonome Tätigkeiten ohne Erwerbszweck: Zur Ausdifferenzierung des Arbeitsbegriffs	118
5	Bürgerarbeit oder bedingungsloses Grundeinkommen?	127
5	Arbeit und Geschlecht – Arbeitswelt, Lebenswelt und Umwelt	133
1	Geschlechterbeziehungen und Geschlechtervertrag, soziale Arbeitsteilung und symbolische Gewalt	133
2	Neoliberale Geschlechterordnung und neoliberaler Regierungsfeminismus. Emanzipation als Steigerung weiblicher Erwerbstätigkeit	139
3	„Nach dem Familienlohn“. Konturen eines fortschrittlichen Gegenentwurfs	149
4	Drei Modelle: Allgemeine Erwerbsarbeit, Gleichstellung der Betreuungsarbeit und allgemeine Betreuungsarbeit	158
5	Aufhebung von Gender als Strukturprinzip der sozialen Organisation: Gleicher Zugang aller Männer und Frauen zu Erwerbs- und Familienarbeit	166
6	Umverteilung und Anerkennung: Die zwei Seiten der Autonomie	170
7	Wiederaneignung der Zeit und Anerkennung der Eigenarbeit: ein neuer Gesellschaftsvertrag	177
8	Die Umwelt der Arbeit: Sozialökologische Reform und Postwachstumsgesellschaft	182
6	Die Arbeit der Kultur	195
1	Das Subjekt der (Mehr-)Arbeit. Bildung und Sozialisation	195
2	Bildungs- und Hochschulpolitik im aktivierenden Staat	204
3	Wissenschaft, Forschung und kulturelle Produktion	214
4	Intellektuelle Arbeit als Modell: Freie Produktion und prekäre Existenz ...	222
5	Kunst als Modell der Arbeit und des Lebens	231
7	Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft	239
1	Freie Arbeit, freier Austausch und Nicht-Identität: Ein neues Modell sozialer Arbeitsteilung	239
2	Schluss	247
	Literaturverzeichnis	253

1 Einleitung: Die Frage nach der Arbeit als Freiheits- und Demokratiefrage

Die Frage nach der Arbeit ist die Frage nach der Freiheit in konkreter Gestalt. Das gilt für Individuen wie für Kollektive gleichermaßen. In der Arbeit hängt die wichtigste Form menschlicher Praxis mit den wesentlichen Formen der gesellschaftlichen Organisation zusammen: mit Abhängigkeits-, Ungleichheits-, Macht-, Hierarchie- und Herrschaftsverhältnissen; mit den in den zentralen Institutionen der Wirtschaft, des Staates und der Familie scheinbar selbstverständlich verkörperten Wert- und Anerkennungsmustern. Daher steckt in der Frage nach der Arbeit auch die soziale Frage in ihrer konkreten Gestalt. In der Arbeit verdichtet sich der Wert sozialer Beiträge und der Wert von Personen *tout court*. Das gilt insbesondere für moderne Arbeitsgesellschaften, die Menschen nicht mehr so sehr nach ‚natürlichen‘ Unterschieden oder angeborenen Standeszugehörigkeiten, sondern eher nach ihrer Stellung in der sozialen Arbeitsteilung im Gesellschaftskörper verteilen. Die bisherige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft lag darin, die menschliche Arbeitsproduktivität immer mehr zu steigern und in immer kürzerer Zeit immer mehr Reichtum zu erzeugen. Das zur Erzeugung des gesellschaftlichen Reichtums nötige Gesamtvolumen an Arbeit schrumpft immer mehr.¹ Wenn dem so ist, dann stellen sich die Frage nach der Freiheit und die soziale Frage so: In welcher Weise verwendet eine jeweilige Gesellschaft (und jeweilige einzelne Individuen) die Zugewinne an Reichtum und an potentiell freier, überflüssiger Zeit? Wie gerecht verteilt sie die verschiedenen Arten sozialer Arbeit und sozialer Belohnungen unter den Gesellschaftsmitgliedern? Das betrifft das Verhältnis der Klassen, der Berufsgruppen, der Geschlechter, der Generationen und der Völker untereinander. Auf welche Weise werden die Fortschritte der gesellschaftlichen Produktivkräfte gebraucht? Werden die Zugewinne an Arbeitsproduktivität in Form von Gewinnen an sozialer Sicherheit, freier Zeit und Freiheit sowohl für Einzelindividuen wie für die Gesellschaft insgesamt fruchtbar gemacht? Oder führen sie zu einer das Leben der Einzelnen wie die Freiheit des Gemeinwesens gleichermaßen bedrohenden Furcht vor ‚Arbeitslosigkeit‘ – die Furcht davor, nicht mehr *gebraucht* zu werden? Im ersten Fall gelingt

1 Vgl. Gerhard Schildt, Das Sinken des Arbeitsvolumens im Industriezeitalter, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32 (2006), S. 119-148

es der Gesellschaft, potentiell ‚überflüssig‘ gewordene menschliche Arbeit und Arbeitszeit fortschrittlich zu nutzen und sozial gerecht zu verteilen. Im zweiten Fall machen die Fortschritte der Produktivkräfte die Menschen zu potentiell überflüssigen und weitgehend ohnmächtigen Anhängseln der kapitalistischen Produktions- und Verwertungsmaschinerie. Die Alternative lässt sich so beschreiben: Wird der viel zitierte ‚Wandel der Arbeit‘ und der Arbeitswelt in Zukunft weiterhin das Ergebnis eher naturwüchsiger kapitalistischer Dynamiken sein, denen sich die demokratischen Gemeinwesen unterwerfen – oder lässt er sich auf fortschrittliche Weise gestalten?

Die Frage nach der Arbeit ist daher nicht nur die soziale Frage und die nach der Freiheit in ihrer konkreten Gestalt. Sie ist auch die nach der Demokratie. Insofern entscheidet der politische Umgang fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften mit der Problematik (potentiell) überflüssiger menschlicher Arbeitskraft und Arbeitszeit ganz wesentlich über das Niveau ihrer demokratischen Freiheit. Die gegenwärtige arbeitssoziologische Grundformel von der „Arbeit im Übergang“ markiert dabei einen prinzipiell zweideutigen Befund, der zwischen diesbezüglich eher resignativen und gesellschaftspolitisch selbstbewussten Haltungen schwankt.² Karl Marx hatte das Bedürfnis des Kapitals so charakterisiert, dass die Fortschritte menschlicher Arbeitsproduktivität primär in Mehrproduktion und Mehrarbeit umgesetzt, das heißt für eine unendliche Steigerung von Produktion, Arbeit und Konsum, für einen unendlichen Zwang zum Wachstum verwendet werden. Er hat dabei ein sowohl philosophisch als auch politisch bis heute bedeutendes Schema der Analyse verwendet, indem er ein ‚Reich der Notwendigkeit‘ von einem ‚Reich der Freiheit‘ unterschied. Seine Frage lautete: Gelingt es den Menschen, durch richtigen Gebrauch ihrer Vernunft und durch kluge politisch-organisatorische Vorkehrungen den Bereich der Freiheit gegenüber dem der Notwendigkeit immer mehr zu vergrößern? Gelingt es ihnen also, den Herrschaftscharakter in der Verfügung über menschliche Arbeit fortschreitend zu reduzieren und eine ökonomisch ebenso wie politisch bewusste, freie Aufteilung sozialer Arbeit zu erreichen? Diese Idee markiert die fortschrittliche Perspektive in der Frage nach der gesellschaftlichen Organisation und Verteilung von Arbeit. Die *grundlegende ‚arbeitshumanistische‘ Idee der zunehmenden Verkürzung und gerechten Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeitszeit und verschiedenen Arten der sozialen Arbeit* stellt im Bereich der Politischen Ökonomie einstweilen die einzig relevante Fortschrittsutopie dar. Marx hatte insofern eine klare gesellschaftspolitische Alternative zwischen einem emanzipatorischen und einem repressiven Gebrauch der fortschreitenden wirtschaftlichen Produktivkräfte benannt. Die politische Alternative entspricht zwei fundamental unterschiedlichen Begriffen von gesellschaftlicher Entwicklung und Fortschritt. Die Gesellschaft strebt entweder die fortschreitende *Einsparung von Arbeit* an oder die *Mehrarbeit*, die Schaffung zusätzlicher Arbeit:

„Je mehr die Produktivkraft der Arbeit wächst, um so mehr kann der Arbeitstag verkürzt werden, und je mehr der Arbeitstag verkürzt wird, desto mehr kann die Intensität der Arbeit wachsen. Gesellschaftlich betrachtet, wächst die Produktivität der Arbeit auch mit ihrer Ökonomie. Diese schließt nicht nur die Ökonomisierung der Produktionsmittel ein, sondern

2 Vgl. Dieter Sauer, *Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen*, Hamburg 2005

auch die *Vermeidung aller nutzlosen Arbeit*. Während die kapitalistische Produktionsweise in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte, neben einer Unzahl jetzt unentbehrlicher, aber an und für sich überflüssiger Funktionen.“³

Die emanzipatorische Perspektive ist insofern klar: Sie betrifft die sozial- und wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung der Gesellschaft. Man könnte sagen, es ist dies die eigentlich politische Entscheidung jeder Gesellschaft. Diese Entscheidung hat, wie ich in diesem Buch zeigen möchte, eine eminente soziale, wirtschaftliche, demokratietheoretische, geschlechterpolitische, ökologische und kulturelle Bedeutung. Sie betrifft die Deutung und Definition des gesellschaftspolitischen Grundsatzproblems und damit die primären sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklungsalternativen. Gerade am Beispiel der Frage nach der Arbeit lässt sich zeigen, dass *die eigentlich politische Entscheidung die Entscheidung über die Art und Weise der Definition der Realität ist*. Die Aufgaben des Staates und die politisch-rechtlichen sowie die wirtschaftlichen Gestaltungsspielräume haben eine völlig andere Gestalt, je nachdem ob als primäres Ziel die ‚Schaffung von Arbeitsplätzen‘ oder die ‚Vermeidung aller nutzlosen Arbeit‘ gilt. Die emanzipatorische Entwicklungsperspektive der Vermeidung nutzloser Arbeit ist nach Marx zugleich eine *radikal humanistische* und eine *radikal egalitäre*, nämlich die einer gleichmäßigen Verteilung der notwendigen Arbeit unter alle Gesellschaftsmitglieder:

„Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil also um so größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer anderen Schicht zuwälzen kann. Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstags ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit. In der kapitalistischen Gesellschaft wird die freie Zeit für eine Klasse produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit.“⁴

Hier die Verwandlung aller Lebenszeit in Arbeitszeit, dort die für die freie geistige und gesellschaftliche Tätigkeit der Individuen vergrößerte Lebenszeit – so lautet vereinfacht die zentrale politökonomische und politische Alternative im Zusammenhang mit der Frage nach der Arbeit. Der zweite Aspekt dieser Alternative betrifft die Frage nach der Modalität der Teilung der Arbeit in der Gesellschaft. Marx' Kriterium der Fortschrittlichkeit ist daher immer ein doppeltes, nämlich zugleich emanzipatorisch und egalitär: zum einen je weiter die gesellschaftliche Gesamtarbeitszeit insgesamt reduziert ist; zum anderen ‚je gleichmäßiger die Arbeit unter alle Glieder der Gesellschaft verteilt ist‘. Man kann sagen, es ist ein Kriterium der freien Zeit oder der *Freiheit* (der fortschreitenden Reduktion

3 Karl Marx, Das Kapital, Band 1, *Marx-Engels-Werke* Bd. 23, Berlin 1986, S. 552 (Hervorhebung M.H.)

4 Ebenda

wirtschaftlicher Arbeit), und ein Kriterium der *Gleichheit* (der gerechten Verteilung auf alle Gesellschaftsmitglieder). Produktion um der (Mehr-)Produktion, der (Mehr-)Arbeit, des (Mehr-)Konsums willen, oder Unterwerfung der Ökonomie unter ein außerhalb des Produktionsprozesses liegendes Ziel: die gleiche Beteiligung aller Individuen an der Erwerbsarbeit, und die freie Entwicklung aller Individuen in Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Die zentrale politische Frage ist diejenige nach der Entscheidung dieser grundlegenden gesellschaftlichen Entwicklungsalternative. In ihrem Zusammenhang entscheidet sich, ob es in der Gesellschaft ein demokratisches Fortschrittsprojekt gibt, oder eher eine postdemokratische Tendenz der Entpolitisierung gesellschaftlicher Entwicklungsalternativen.

Das entspricht in vieler Hinsicht der Alternative zwischen einer politischen Linken und einer politischen Rechten – zwischen einer staatsrechtlichen Linken und einer staatsrechtlichen Rechten, wie sie in der frühen Bundesrepublik zum Beispiel zwischen den Grundgesetzinterpretationen Wolfgang Abendroths und Ernst Fortshoffs existierte. Abendroth hatte den fortschrittlichen Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaats dem bürgerlichen Rechtsstaat gegenübergestellt, für welchen „[...] der Status der sozialen Verhältnisse und das System der Güterverteilung als vorgegeben angesehen wurde.“⁵ Für Abendroth hingegen ist die Position der politischen und staatsrechtlichen Linken diejenige der „Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in diejenige der sozialen Demokratie“ – in welcher die bestehende Ordnung nicht mehr als gegeben und implizit gerecht anerkannt wird, sondern [...] grundsätzlich diese Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst zur Disposition der demokratischen Willensbildung des Volkes [...] steht.“⁶ Bezog sich die normativ anspruchsvolle Position der ‚sozialen Demokratie‘ im Sinne nicht eines paternalistischen ‚Sozialstaats‘, sondern einer Ausdehnung gleicher Beteiligungsrechte aller vom Staat auf die gesamte Gesellschaft, damals vor allem auf die Eigentumsverhältnisse, so bestimmen diese Eigentumsverhältnisse eben auch die Arbeitsverhältnisse. Führen die fortschreitenden wirtschaftlichen Produktivkräfte unter den gegebenen Bedingungen notwendig zu struktureller Massenarbeitslosigkeit und massenhafter sozialer Unsicherheit, dann stellt sich die Frage, ob die für die Idee des demokratischen Rechtsstaats konstitutive Vorstellung der Vertragsfreiheit für die Bevölkerungsmehrheit überhaupt noch gegeben sein kann. Abendroth hatte dies selbst für den fordistischen, stark korporatistischen Kapitalismus der frühen Bundesrepublik ohne starke Massenarbeitslosigkeit schon verneint und einen prinzipiellen Zug zur Entdemokratisierung der Gesellschaft konstatiert. Er postulierte, dass die soziale und wirtschaftliche „[...] Eigengesetzlichkeit zur faktischen Beseitigung des Moments der Vertragsfreiheit für die Majorität der Glieder der Gesellschaft [führt], die an Monopole und Oligopole der formell privaten Wirtschaftsführer ausgeliefert

5 Wolfgang Abendroth, Der Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaats im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Neuwied und Berlin 1967, S. 109-138 (113)

6 Ebenda, S. 119, 122

wird und damit auch die Möglichkeit verliert, künftige Entwicklungen mitzubestimmen oder vorauszusehen.“⁷

Eine der Grundthesen meines Buches lautet daher: Wenn die gegebene Wirtschaftsordnung und ihre Definition des primären sozialen Problems als eines Problems der mangelnden Beschäftigung und der ‚Schaffung von Arbeitsplätzen‘ als gegeben vorausgesetzt wird, dann ist die Entdemokratisierung der Gesellschaft und der Verlust individueller demokratischer Freiheiten zwangsläufig. Heute unterwirft die dominierende politische Formel ‚Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen‘ ganze Gesellschaften dem Diktat von transnationalen Unternehmen und Finanzkapital, und macht sie zu sogenannten marktkonformen Demokratien – eine Einsicht, die mittlerweile nicht mehr auf die radikaldemokratische Linke beschränkt ist, sondern im sozialdemokratischen Mainstream der Sozialwissenschaften angekommen ist.⁸ In dieser Untersuchung möchte ich die Frage nach der sozialen Demokratie: die Frage nach der Ausdehnung des Demokratieprinzips vom Staat auf die gesamte Gesellschaft als Frage nach der Arbeit stellen (und das heißt heute der Verhältnisse sowohl in Erwerb und *Produktion*, als auch in der familiären *Reproduktion*). Dabei werde ich mich weniger mit der Frage nach den Produktionsverhältnissen im engeren Sinne der Frage nach Privateigentum, Gemeineigentum und Genossenschaften⁹, als mit der Frage nach der politischen Definition des zugrundeliegenden primären Bezugsproblems beschäftigen. Mit anderen Worten, ich werde eher nach dem *Staat* als nach dem *Kapital* fragen: nach den politischen Bedingungen der sozialen Gestaltung und kulturellen Definition der Frage nach der Arbeit in der Gegenwart. Dabei kommt, wie bei jeder Debatte über wesentliche soziale Fragen, dem Kampf zwischen verschiedenen „[...] Sozialphilosophien, die faktisch gegensätzliche soziale Interessen repräsentieren [...]“, eine herausragende Bedeutung zu.¹⁰ Politische Wissenschaft ist in einem normativ anspruchsvollen Konzept der (sozialen) Demokratie ein wichtiger Ort, an dem solche Kontroversen ausgetragen werden können: Kontroversen zwischen unterschiedlichen gesellschaftspolitischen und sozialphilosophischen Ideen.

Daher ist die zentrale politische und intellektuelle Frage diejenige nach der kulturellen Deutungs- und Definitionsmacht in dieser Hinsicht: Wie bestimmen wir die Frage nach der Arbeit? Der intellektuelle und politische Kampf um die Arbeit ist ein Kampf um die *Definition des Arbeitsbegriffs* ebenso wie um die *Arbeitszeit*, und um die *Formen der sozialen Arbeitsteilung* zwischen den Individuen, Geschlechtern und Klassen (sowie den Völkern). Dabei geht es um die Art und Weise der Bestimmung und Bewertung, der Verteilung und Anerkennung von Arbeit: freie und unfreie, freiwillige und erzwungene, bezahlte und unbezahlte, gut bezahlte und schlecht bezahlte, selbstbestimmte und fremdbestimmte, anerkannte und verkannte, gesellschaftlich sinnvolle oder gesellschaftlich zerstörerische,

7 Ebenda, S. 131

8 Vgl. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013

9 Vgl. Wolfgang Abendroth, *Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates*, a. a. O., S. 133 (Dieser Frage wird demnächst eine eigene Untersuchung gewidmet.)

10 Vgl. ebenda, S. 135ff.

notwendige oder überflüssige Formen von Arbeit. Über die eigene Arbeits- und Lebenszeit verfügen heißt in letzter Instanz über das eigene Leben verfügen. Das gilt für Individuen ebenso wie für Kollektive. Nicht nur an den politischen Institutionen, sondern auch an der Art und Weise der Organisation der wichtigsten sozialen Praxis lässt sich der Entwicklungsstand einer Gesellschaft ablesen: das konkrete Niveau von Freiheit und Unfreiheit, Gleichheit und Ungleichheit.

Die seit einigen Jahrzehnten diskutierte ‚*Krise der Arbeitsgesellschaft*‘ stellt die Marxsche Frage auf zeitgenössischem Niveau. Hannah Arendt hatte die Frage als erste aufgeworfen und auf sie früh eine konservative, in vielerlei Hinsicht fatalistische, die Möglichkeit der Freiheit verneinende Antwort gegeben. Sie hat die Form eines Orakels: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“¹¹ Arendt hat damit eine bis heute einflussreiche Fassung der Frage nach der Rolle der Arbeit in der Gesellschaft vorgegeben. Man könnte sie auf die Formel bringen: Die Arbeit ist unser Schicksal; sie ist als das einzige, auf was die als animal laborans definierten Menschen sich ‚verstehen‘, ein ‚Verhängnis‘, das die Menschheit auf Dauer der Herrschaft der kapitalistischen Ökonomie unterwirft. Damit wird die Möglichkeit der von Marx anvisierten fortschreitenden Befreiung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, und damit die Möglichkeit sowohl politischer wie kultureller Lernfähigkeit prinzipiell abgestritten.¹² Eine Weiter- oder Höherentwicklung der Einzelnen wie der gesellschaftlichen Organisation insgesamt ist aus dieser Perspektive unmöglich. Eine fortschrittliche Neuordnung unseres Verständnisses der Bedeutung von Arbeit sowie unserer Formen der sozialen Arbeitsteilung überfordert die reichen westlichen Gesellschaften. Die gesellschaftliche Grundkonstellation ist offenbar auf absehbare Zeit die folgende: auf der einen Seite ein großer wirtschaftlicher, technischer und naturwissenschaftlicher Reichtum und große Entwicklungspotentiale, auf der anderen Seite eine große soziale, politische und kulturelle Armut und Phantasielosigkeit auf der Ebene der Gestaltung sozialer Normen, Gewohnheiten und Institutionen, und auf der Ebene kultureller Ideen. Der Dynamik der ökonomisch-technisch-wissenschaftlichen Entwicklung steht eine unübersehbare Stagnation der Kultur und der Politik gegenüber. Hannah Arendts konservative Anthropologie stellt die Doktrin auf: Wir leben bisher eben nicht nur *politökonomisch*, sondern auch *metaphysisch* in Arbeitsgesellschaften. Das betrifft die soziale Teilung der Arbeit, die Verteilung von materiellen Gütern und die Unterteilung in Klassen, sowie die symbolische Ordnung der Gesellschaft, welche den Rang der Einzelnen, die Bedingungen ihrer gegenseitigen Anerkennung und ihren Platz in der Welt festlegen. In einer solchen Gesellschaft können wir gar nicht anders, als das Phänomen des abnehmenden Volumens gesellschaftlich notwendiger Arbeit als einen ‚Mangel an Arbeit‘ zu interpretieren.

Das theoretisch eigentlich interessante und rätselhafte Phänomen ist also die Zentralität der Erwerbsarbeit, ihre fortdauernde kulturelle Vorherrschaft in der Gesellschaft. Die

11 Hannah Arendt, *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München 1999, S. 13

12 Vgl. ebenda, S. 122 ff., 156ff.

jüngerer theoretischen Bemühungen zur Relativierung dieser kulturellen Vorherrschaft von Erwerbsarbeit im Individual- und Kollektivbewusstsein (die philosophischen, kulturwissenschaftlichen, und feministischen Versuche einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs) waren offensichtlich erfolglos in Bezug auf die realen Formen des Alltagsbewusstseins. Arbeit wird weiterhin im Wesentlichen identifiziert mit bezahlter Arbeit. Zu diesem Phänomen unterhalten große Teile der zeitgenössischen Arbeitsforschung und der Sozialwissenschaft insgesamt ein eher unkritisches Verhältnis. In einer emanzipatorischen Perspektive gälte es meines Erachtens aber ein Beschreibungsmuster zu überschreiten, welches die real existierenden Entwicklungen von Strukturen und Bewusstseinsformen zum primären Maßstab der theoretischen Arbeit macht. Daher wäre auch für eine kritische Arbeitsforschung und politische Theorie der Arbeit die gesellschaftliche Zentralität der Erwerbsarbeit nicht etwa das theoretisch Hinzunehmende. Sondern sie ist das kritisch zu Hinterfragende. Eine Argumentation wie zum Beispiel diejenige von Dieter Sauer kann dann das Bedürfnis nach einer progressiven Beschäftigung mit dem Problem der Arbeit nicht ganz befriedigen:

„So wichtig es ist, die Ausdifferenzierung von Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit zu analysieren: Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit und weitere Formen in allen gesellschaftlichen Bereichen, so wird doch die gesellschaftliche Organisation von Arbeit im Kapitalismus weiterhin von der Form der *Erwerbsarbeit* dominiert, deren Bedeutung für die große Mehrheit der Bevölkerung nicht ab-, sondern eher zugenommen hat. Das gilt nicht nur quantitativ: Trotz abnehmendem Erwerbsarbeitsvolumen steigt die Zahl der Menschen, deren Existenz von der Erwerbsarbeit abhängig ist. Gleichzeitig wächst auch kognitiv im Bewusstsein der Menschen die Bedeutung von Erwerbsarbeit gerade dann, wenn das Erwerbsarbeitsvolumen knapper wird.“¹³

Diese Beobachtung ist zwar empirisch zutreffend und auch durchaus kritisch gemeint. Theoretisch-normativ aber hat sie einen ambivalenten Status, wo die Grenzen zwischen Feststellung und Bewertung fließend werden. Denn die theoretisch zentrale Deutungsfrage und Deutungsalternative könnte ja gerade darin liegen, zu fragen, ob die Ausdifferenzierung des Arbeitsbegriffs – und damit eine kulturell, sozialmoralisch und politisch noch folgenreichere Relativierung von Erwerbsarbeit – nicht die einzig emanzipatorische Perspektive im Zusammenhang mit der Definition, Bewertung und Verteilung sozialer Arbeit wäre. Im Übrigen steckt in dem obigen Zitat auch ein inhaltlicher Fehler: Es ist durchaus nicht so, dass ‚die Zahl der Menschen, deren Existenz von der Erwerbsarbeit abhängig ist‘, steigt. Denn auch alle Frauen, die früher im Rahmen einer intakten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung selbst gar nicht oder nur geringfügig erwerbstätig waren, waren ja immer schon durchaus in ihrer Existenz ‚von der Erwerbsarbeit abhängig‘ – nur eben nicht von ihrer eigenen, sondern im Rahmen des klassischen ‚Familienlohns‘ von der Erwerbsarbeit ihrer Männer (oder Väter).

13 Dieter Sauer, Arbeit im Übergang. Gesellschaftliche Produktivkraft zwischen Zerstörung und Entfaltung, in: Wolfgang Dunkel / Dieter Sauer (Hrsg): *Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit. Neue Herausforderungen für die Arbeitsforschung*, Berlin 2006, S. 241-257 (243)

Der gesellschaftlich-kulturell eher steigende als zurückgehende Stellenwert der Erwerbsarbeit im Leben der Menschen bildet für meine Untersuchung also das theoretisch zu erklärende, das zu hinterfragende Fundament dessen, was man als eine Arbeitsgesellschaft bezeichnen könnte, genauer: als eine Arbeitsgesellschaft-in-der-Krise. Die zentrale Hintergrundfrage dabei ist: Kann die Gesellschaft im Kontext fortschreitender Arbeitsproduktivität ihr soziales und wirtschaftliches Problem der Wohlfahrt wirklich, wie bisher angenommen, durch eine weitere Steigerung von *wirtschaftlicher* Arbeit und Leistung lösen? Sind die nach wie vor unwidersprochenen Problem- und Lösungsformeln ‚Mangel an Arbeit‘ und ‚Schaffung von Arbeitsplätzen‘ nicht überholt? Ist das zugrunde liegende Problem der sozialen Knappheit (der sozialen ebenso wie der Geschlechterfrage) nicht vielmehr ein *politisches und kulturelles* Problem der Bewertung, Reorganisation und Verteilung von unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Arbeit? Diese Frage betrifft die herrschenden Lehren nicht nur in den Wirtschaftswissenschaften, sondern auch in allen Sozial- und Geisteswissenschaften. Damit betrifft sie eben auch ein elementares Freiheitsproblem der Forschung selbst: Ist im heutigen Kontext eine vom nicht nur liberalkonservativen, sondern auch vom linksliberalen Mainstream, ein von der gegenwärtigen kulturellen Hegemonie abweichendes wissenschaftliches Denken überhaupt noch möglich? Ich optiere bewusst für diese Möglichkeit und nehme den damit verbundenen Vorwurf des ‚Voluntarismus‘ oder mangelnden Anschlusses an die herrschende Meinung auf mich. Das entspricht einem prinzipiellen Axiom von Theorie im emphatischen Sinne: Die Aufgabe eines anspruchsvollen philosophischen, gesellschaftstheoretischen und politischen Denkens ist zunächst der Widerstand gegen die eigenen Zeit und die herrschende Meinung. Gilles Deleuze und Félix Guattari haben die nicht nur kritische, sondern auch schöpferische Kraft dieses Widerstands als eine notwendig utopische Kraft der „Deterritorialisierung“ bezeichnet.¹⁴

Hannah Arendt hatte mit ihrem Orakel einer Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht, ein gesellschaftliches Problem in einer Weise definiert, das es zugleich zu einem sowohl politisch wie kulturell prinzipiell unlösbaren erklärt. Die jüngere Geschichte hat ihr in jeder Hinsicht Recht gegeben. Konnte man in den 1970er und 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts in avancierten Teilen der politischen, gewerkschaftlichen, publizistischen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Intelligenz noch auf eine Überwindung der Hegemonie der Erwerbsarbeit hoffen und auf eine fortschrittliche Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit hinarbeiten, so haben die letzten beiden Jahrzehnte diese Hegemonie eher wieder gefestigt. Das infolge der Fortschritte der Arbeitsproduktivität sinkende Volumen gesellschaftlich notwendiger Arbeit kann in einer sich selbst als Arbeitsgesellschaft verstehenden Gesellschaft gar nicht fortschrittlich verwendet werden. Vielmehr muss es aus prinzipiellen, gleichsam im ‚Wesen‘ dieser Gesellschaftsordnung liegenden Gründen zu einer auf Dauer gestellten kulturellen und moralischen Existenzkrise der Gesellschaft und ihrer Mitglieder führen. Vor allem muss es zu einer dauerhaften Krise ihrer politischen Ordnung führen: ihrer institutionellen und mentalen Formen der Herstellung von Stabilität, Konsens und

14 Vgl. Gilles Deleuze/Félix Guattari, *Was ist Philosophie?*, Frankfurt am Main 2000, S. 115ff., 125ff.

Legitimität. Wir leben seit geraumer Zeit in dieser Krise, und die westlichen Regierungen betreiben seitdem eine umfassende staatliche Krisenpolitik. Das entsprechende politische Projekt ist das der ‚Sicherung von Beschäftigung‘ und der ‚Schaffung von Arbeit‘.

Mit meiner Untersuchung versuche ich zweierlei: zum einen eine historische und begriffliche Analyse der aus dieser gleichzeitig materiellen, politischen und spirituellen Grundsatzproblematik hervorgegangenen Gesellschaftsordnung, in welcher von allen maßgeblichen Akteuren das abnehmende Volumen gesellschaftlich notwendiger Arbeit als ein ‚Mangel an Arbeit‘ definiert wird; zum anderen ein gedanklicher Entwurf für eine Gesellschaftsordnung, die sich selbst nicht mehr als ‚Arbeitsgesellschaft‘ verstehen würde. Dies scheint mir das Grundproblem unserer Zeit zu sein: Wir erleben die Wandlungen der Arbeitswelt (und die aus ihnen resultierenden politischen Probleme) nicht nur im Modus der politischen Unfreiheit als ein ‚Schicksal‘; wir erleben sie auch im nostalgischen Modus eines ‚Verlustes an Sicherheiten‘. Mit anderen Worten, der Debatte über die Zukunft der Arbeit in der modernen, postindustriellen Gesellschaft mangelt es an einem Zukunftshorizont im strengen Sinne. Der Verlust vergangener Sicherheiten und stabiler Orientierungen der fordistischen Ära von Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis dominiert unsere politische und kulturelle Vorstellungswelt, sodass von vornherein alle möglichen politischen (und tariflichen) Reformen zum größten Teil immer schon im Modus der Wiederherstellung vergangener Sicherheiten *gedacht* werden. Das betrifft nicht nur gewerkschaftliche und sozialdemokratische Milieus; es betrifft auch den größten Teil der Publizistik und der akademischen Wissenschaften. Das Schema gegenwärtiger Entwicklungen scheint zu sein: Die technisch-ökonomischen Innovationen erzeugen die Zukunftsdynamiken der Gesellschaft, während die rechtlichen, politischen und kulturellen Systeme auf bloße Stabilisierungen und institutionelle Ausbalancierungen gesellschaftlicher Dynamiken beschränkt sind. Insofern stellt sich hier eine grundlegende Frage der kulturellen und politischen Ordnung der Gesellschaft: Sind wir hier überhaupt noch zu irgendwelchen Erfindungen in der Lage? Dies ist eine Frage, die meines Erachtens auch ganz grundsätzlich das *Selbstverständnis der theoretischen Arbeit selbst* betrifft: die Rolle, die sie in der Gesellschaft spielen kann, die Aufgabe, die sie sich selbst stellt.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft bildet seit mehreren Jahrzehnten den mentalen Hintergrund für das Realitätsverständnis der Gegenwart. Es handelt sich um eine festgefahrene gesellschaftliche und kulturelle Konstellation; eine Konstellation, deren einzelne Elemente dabei sind, zu sich in der sozialen Praxis und im politischen wie kulturellen Diskurs unendlich reproduzierenden scheinbaren Selbstverständlichkeiten zu werden: die Definition des primären gesellschaftlichen Strukturproblems als eines des ‚Mangels an Arbeit und Beschäftigung‘; die Rolle des Staates als Instanz der Förderung von Beschäftigung und Schaffung von Arbeitsplätzen um jeden (wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, demokratischen und kulturellen) Preis; das neue Regime unsicherer Beschäftigung; die soziale Produktion von „Überzähligen“, die sich in einer „Zone der Verwundbarkeit“ befinden, einer Zone irgendwo zwischen sozialer Exklusion und dauerhafter staatlicher „Wieder-